

Schwarz-Gelb: Die Lobby- und Klientelismus-Koalition

25.01.09

Merkel behauptet, „Kanzlerin aller Deutschen“ zu sein. Doch der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag bedient in besonderer Weise Lobby- und Klientelgruppen. Der Koalitionsvertrag bedeutet Privilegienschutz für Apotheker, Ärzte, Großgrundbesitzer und Steuerberater. Es profitieren einseitig die Spitzenverdiener, die Arbeitgeber und die Großkonzerne.

Hingegen belasten die Pläne für Steuersenkungen und Subventionsabbau v.a. Normal- und Geringverdiener: In der Gesundheit, bei den Steuern, in der kommunalen Daseinsvorsorge. Hier bedeutet schwarz-gelbe Politik letztlich mehr Gebühren und weniger Geld für Bildung und sozialer Sicherheit. Was Schwarz-Gelb als Einsatz für das Gemeinwohl verkauft, ist in vielen Fällen Klientelpolitik.

Die Spenden entsprechen den Angaben von CDU, FDP und CSU aus den Jahren 2007 bis 2009 über jene Summen, welche im Einzelfall 50.000€ überstiegen.

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Versicherungsbranche			
<u>Spenden an CDU:</u> Allianz AG: 180.000€ <u>Spenden an FDP:</u> Allianz AG 160.000€ <u>Spenden an CSU:</u> Allianz SE 180.000€	Kapitalgedeckte Privatversicherung: <i>„Künftig müssen Schritt für Schritt mehr Menschen und mehr Leistungen in die kapitalgedeckte Privatversicherung überführt werden“ (zahnmedizinische Versorgung, Krankengeld und private Unfälle. „Mit Blick auf die Demografie“ müssen „mehr Menschen kapitalgedeckt“ abgesichert werden, „um so das überforderte Umlagesystem zu entlasten und die finanzielle Basis des Gesundheitswesens zu stärken. Dazu müssen die außerordentliche Anhebung der Versicherungspflichtgrenze von 2003 sowie die willkürliche Verdreifachung der Wartezeit für freiwillig versicherte Arbeitnehmer von 2007 zurückgenommen werden“ (Magazin Verband privater Krankenversicherung, 09/09).</i> Gesundheitsminister Philipp Rösler machte den Vize-Direktor des Verbandes der PKV, Christian Weber, zum Leiter der Grundsatzabteilung des BMG. 90% der Bevölkerung ist gesetzlich, nur 10% privat versichert.	<i>„Neben der gesetzlichen Krankenversicherung sind für uns die privaten Krankenversicherungen als Voll- und Zusatzversicherung ein konstitutives Element in einem freiheitlichen Gesundheitswesen. Wir werden bei den Wahlтарifen der gesetzlichen Krankenversicherung die Abgrenzung zwischen diesen beiden Versicherungssäulen klarer ausgestalten“.</i> <i>„Ein Wechsel in die private Krankenversicherung wird zukünftig wieder nach einmaligem Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze möglich sein.“</i>	Statt die Solidarität auszubauen wird die PKV durch einen Ausbau des Zusatzversicherungsgeschäfts und schnellere Wechselmöglichkeiten für GKV-Versicherte gestärkt. Die Privilegien der Privatversicherten werden ausgebaut. Volker Leienbach, Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherungen: <i>„All jene Parteien, die erklärtermaßen eine sogenannte Bürgerversicherung einführen und somit die PKV quasi abschaffen wollen, werden keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit haben“</i> (http://www.krvdigital.de).

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Private Busunternehmen			
	<p>Privatisierung des ÖPNV:</p> <p>„Das private Busgewerbe muss im Öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) eine stärkere Rolle spielen. (...) Daseinsvorsorge im ÖPNV bedeutet, dass die Gebietskörperschaften eine Verantwortung für ein angemessenes Nahverkehrsangebot haben. Es bedeutet aber keineswegs, dass Kommunen diese Leistungen selbst erbringen sollten. Die Betätigung der Kommunen als Bus- und Straßenbahnbetreiber hat historische Gründe, die aber heute keine Rolle mehr spielen“. (http://www.bdo-online.de).</p>	<p>„Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerisch und wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV. Dabei werden wir den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten.“</p> <p>„Die Aufgaben von Staat/Privatwirtschaft im Verkehrssektor müssen vernünftig abgegrenzt und geordnet sein. Aufgabe der Privatwirtschaft ist es, Personenverkehr, Gütertransport und Logistik zu betreiben. Aufgabe des Staates ist es, eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur zu garantieren, für faire Wettbewerbsregeln zu sorgen sowie den Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten“.</p>	<p>Der Staat soll laut Schwarz-Gelb nicht mehr für Mobilität verantwortlich sein: Nur noch für die Infrastruktur oder die Wettbewerbsregeln, nicht aber für die Qualität und Preise! Private Unternehmen sollen den Vorrang erhalten, unabhängig davon, ob sie die Verkehre tatsächlich günstiger bereitstellen als z.B. kommunale Stadtwerke. Es drohen Mehrkosten für den Verbraucher.</p>
Atomkraftwerks-Betreiber			
	<p>Verlängerung Laufzeiten Atomkraftwerke</p> <p>Jürgen Großmann, Chef des Energiekonzerns RWE, sprach sich für eine längere Laufzeit aller Atomkraftwerke ausgesprochen. „Ich glaube, man sollte technische Anlagen so lange nutzen, wie sie sicher sind“ (ARD, 29.09.09).</p> <p>Christoph Dänzer-Vanotti, Vorstand der E.on AG: „Eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken wäre ein großer Gewinn für den Klimaschutz. Wir hoffen, dass die Chancen dafür nach der Bundestagswahl steigen.“ Ohne Kernkraft seien die Klimaziele der Bundesregierung bis 2020 nicht zu erreichen (Rheinische Post, 24.06.09).</p>	<p>„Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele erträgliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen“.</p> <p><u>Aktuelle Politik: Obwohl die Uralt-Meiler Neckarwestheim I und Biblis A nach dem Atomkonsens abgeschaltet werden müssten, wird deren Laufzeit nun bis Herbst verlängert. Erst dann – nach den Wahlen in NRW – soll ein Energiekonzept vorgestellt werden.</u></p>	<p>In Wahrheit jedoch bedeutet das Festhalten an alten großtechnischen Konzepten, dass der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen behindert wird. Zudem reißt Schwarz-Gelb ohne Not alte politische Wunden wieder auf. Profitieren werden vor allem die Kernenergie-Konzerne: Sie erhalten milliarden-schwere Gewinne durch die Laufzeitverlängerungen. Finanzielle Gegenleistungen der Energiekonzerne sind völlig offen. Auch die Endlagerfrage ist bisher ungelöst. <u>Allein mit der Verlängerung der Kernkraftwerke Neckarwestheim I und Biblis A bis Herbst streichen die Energiekonzerne Millionen ein.</u></p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
	<p>Der ehemalige Atomlobbyist Gerald Hennenhöfer wurde zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium ernannt. Der Job gilt als Schlüsselposten für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft. Hennenhofer war beim Energieriesen E.ON. für die Verhandlung des Atomausstiegsvertrags Rot-Grün. Nach 2004 vertrat er als Anwalt das Münchner Helmholtz-Zentrum, welches das umstrittene Atommüll-Versuchslager Asse betrieb.</p>		
Lebensmittelbranche			
	<p>Ampelkennzeichnung</p> <p>Wir wollen eine „<i>Informationsinitiative Nährwertkennzeichnung starten, die (...) das Ziel hat, allen politischen Entscheidungsträgern auf Bundes-, Landes- und vor allem Europaebene deutlich zu machen, dass insbesondere die Ampelkennzeichnung keine Option einer seriösen Verbraucherschutzpolitik ist.</i>“ Dabei soll insbesondere auf „<i>die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Unternehmen deutlich gemacht werden</i>“ (Brief Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde an seine Mitglieder).</p>	<p>„Wir werden eine transparente Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln durchsetzen. Eine politische Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbraucher durch Werbeverbote und Strafsteuern für vermeintlich ungesunde Lebensmittel lehnen wir ab. Ein farblich unterlegtes Ampelsystem zur Nährwert-Kennzeichnung führt die Verbraucher in die Irre.“</p>	<p>Mit der Ablehnung der Ampelkennzeichnung wendet sich Schwarz-Gelb gegen die Wünsche der Verbraucher und bedient die Lebensmittelindustrie. Letztere hat sich auch durchgesetzt: Weder im Entwurf der EU-Kommission noch im jüngsten Bericht des EU-Parlaments taucht eine verpflichtende Ampel auf. Eine nationale Öffnungsklausel für freiwillige Ampelvarianten strich die CDU-MdEP Renate Sommer aus dem Entwurf. Der Geschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, Peter Loosen. „Uns schlägt da sehr wenig auf den Magen“ (Spiegel-Online, 9.12.09).</p>
Steuerberater:			
	<p>Absetzbarkeit privater Steuerberatung:</p> <p>„Wiedereinführung der privaten Steuerberatungskosten als abzugsfähige Sonderausgaben“ (Wahlprüfsteine Deutsche Steuerberaterverband).</p>	<p>„Wir werden (...) den steuerlichen Abzug privater Steuerberatungskosten wieder einführen“</p>	<p>Statt der versprochenen Vereinfachung des Steuersystems wird wieder ein weiterer Ausnahmetatbestand geschaffen.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Hotel- und Gaststättengewerbe			
<p><u>Spenden an FDP:</u> <u>Milliardär August von Finck</u>/Substantia AG (Hotels, Immobilien): 1,1 Millionen Euro</p> <p><u>Spenden an CSU:</u> Milliardär August von Finck (Clair Immobilien Mercator GmbH) 820 000€</p> <p><u>Spenden an CDU:</u> <u>Schoeller Holding Limited</u> (Hotels): 100.000€</p>	<p>Reduzierte Mehrwertsteuer: „Notwendiger denn je ist die längst überfällige Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotellerie und Gastronomie von 19 auf 7 Prozent“ (DEHOGA, Wahlcheck)</p> <p>Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Ernst Burgbacher (FDP), hatte sich in besonderem Maße für Steuererleichterungen seines baden-württembergischen Parteifreundes Ernst Fischer (<u>Präsident des Dehoga</u>) eingesetzt. Auf der Festveranstaltung „60 Jahre Dehoga“ Anfang Dezember in Berlin lobte Burgbacher seinen Freund Fischer und dessen Verband für seine „herausragende Lobbyarbeit auf allen Ebenen“. Und versprach: "Und auch in meiner neuen politischen Funktion werde ich der Branche zur Seite stehen (SZ-Online, 18.01.10).</p>	<p>„Deshalb wollen wir ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent ermäßigen“ (umgesetzt im Wachstumsbeschleunigungsgesetz).</p>	<p>Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) kritisierte die Festlegung scharf: „Das ist ein völlig falsches Signal, das wir ablehnen (...) Es handelt sich dabei um eine weitere Subvention, die den Wettbewerb verzerrt. Zudem werden dadurch weder Arbeitsplätze geschaffen, noch sonstige arbeitsmarktpolitische Ziele erreicht.“</p>
Großgrundbesitzer			
	<p>„Im Natur-, Gewässer- und Bodenschutz ist vertraglichen Vereinbarungen grundsätzlich Vorrang vor dem Ordnungsrecht einzuräumen“ (Wahlprüfsteine Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände).</p>	<p>„Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken und uns am Vorrang des Vertragsnaturschutzes orientieren“.</p>	<p>Die Großgrundbesitzer können die Flächen uneingeschränkter bewirtschaften, es leidet die Natur.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Erben von Junkern			
	<p>„Bei der Bodenprivatisierung durch die BVVG ist wieder der Treuhandauftrag zu berücksichtigen. Das heißt Überlegungen agrarstruktureller Art – Aufbau und Erhalt lebensfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebsstrukturen im Osten – müssen vor der Erlösmaximierung des Staates in den Vordergrund gestellt werden. (...) Anträge auf Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche sind endlich abzuarbeiten und bis Ende 2010 zu bescheiden. Bei der Kaufpreisfindung und bei Pachtverlängerungen sind die Interessen der Alteigentümer besonders zu berücksichtigen aus Respekt vor den erfolgten Enteignungen“ (Wahlprüfsteine Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände).</p>	<p>„Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten (...) Die gegenwärtige Verkaufspraxis der BVVG (Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH) wird überprüft. Wir setzen Verbesserungen beim Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne der Alteigentümer durch“.</p>	<p>Die FDP forderte in einem Bundesparteitagsbeschluss, dass die Junker und Großgrundbesitzer ihren ehemaligen Besitz für bloß 25 Prozent des Verkehrswertes ihre unter sowjetischer Militärverwaltung enteigneten Flächen zurückkaufen könnten. Das wäre: Ein Schnäppchen für die Junker, schlecht für den Bürger. Denn der würde durch den Staat weniger Geld beim Verkauf der Flächen einnehmen.</p>
Apotheker			
	<p>Versandhandel</p> <p>Der Apothekenverband ABDA: Der Versandhandel mit Medikamenten wird abgelehnt: „Im Gegensatz zu dubiosen Versandhändlern bieten die öffentlichen Apotheken eine sichere und kompetente Arzneimittelversorgung“</p>	<p>„Wir werden die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen, indem wir die Abgabe von Arzneimitteln in den sogenannten Pick-up-Stellen verbieten.“</p>	<p>Der Wettbewerb im Apothekenbereich wird unterbunden</p> <p>Auf günstigere Preisstrukturen für die Patienten durch die Einschränkung des Versandhandels wird verzichtet.</p>

Immobilienbranche			
<p><u>Spenden für CSU</u> Scheffel Grund GmbH 124 244€</p> <p>[ehemals firmierend unter Doblinger Grund GmbH u.a. mit dem Immobilienfonds DOBA Grund Beteiligungs GmbH]</p>	<p>„Schnellstmöglich sollten REITs eingeführt werden, damit den Anlegern eine international konkurrenzfähige Form der indirekten Immobilienanlage auch in Deutschland zur Verfügung steht. REITs sollten möglichst wenig reguliert werden, eine Börsennotierung sollte nicht vorgeschrieben sein. Die Aufdeckung stiller Reserven bei Einbringung von Immobilien in einen REIT sollten zu moderaten Steuersätzen erfolgen“ (Positionen Immobilienverband Deutschland).</p>	<p>„Bei Real Estate Investment Trusts [REITs] sind überflüssige Hemmschwellen für den deutschen Markt abzubauen“</p>	<p>Der Abbau der Hemmschwellen für REITs bedeutet, dass Wohnimmobilien leichter zu Spekulationsobjekten werden können. Damit wird die Spekulation mit Wohnimmobilien für internationale Investoren attraktiver.</p>
<p><u>Spenden für CDU</u> Privatperson: Christoph Kahl: 100.000 Euro Kahl ist Geschäftsführer des Unternehmens „Jamestown US-Immobilien“ (Anbieter von geschlossenen US-Immobilienfonds). Nach Angaben des Kölner Stadt-Anzeigers war Kahl von 2003 bis 2005 Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Köln. Von 1978 bis 1981 war er Vorsitzender der Jungen Union in Köln, von 1980 bis 1981 stellvertretender Parteivorsitzender.</p>	<p>„Als besonders positiv wertet der IVD, dass die Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung von Gebäuden zum gemeinsamen Vorteil von Mietern und Vermietern gesenkt werden sollen und Baumaßnahmen im Mietwohnungsbereich zu diesem Zweck zu dulden sind und nicht zur Mietminderung berechtigen sollen“ (PM Immobilienverband Deutschland).</p> <p>„Im Bereich des Mietrechts greift der Koalitionsvertrag alle Forderungen von Haus & Grund Deutschland auf und übernimmt sie (...) Darüber hinaus sollen die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter vereinheitlicht werden. Diese Vereinbarung jedenfalls bedeutet das seit langem von Haus & Grund Deutschland geforderte Ende der asymmetrischen Kündigungsfristen.“ (www.haus-und-grund.net/koalitionsvertrag2009.html).</p>	<p>„Wir wollen das Mietrecht auf seine Ausgewogenheit hin überprüfen (...) Wir wollen klimafreundliche Sanierungen erleichtern und dabei die freie Entscheidung des Vermieters beibehalten. Baumaßnahmen, die diesem Zweck dienen, sind zu dulden und berechtigen nicht zur Mietminderung. (...) Die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter sollen einheitlich sein. (...) Zweckgebundene staatliche Transferleistungen zu den Wohnkosten müssen auch tatsächlich den Vermieter erreichen.“</p>	<p>Deutscher Mieterbund: „Die vorgesehenen Mietrechtsänderungen zum Nachteil der Mieter sind falsch, überflüssig und unakzeptabel. Insbesondere die Abschaffung des Mietminderungsrechts bei Baumaßnahmen zur energetischen Modernisierung, der Abbau des Kündigungsschutzes durch kürzere Kündigungsfristen für Vermieter oder Weichenstellungen hin zu noch höheren Betriebskosten lehnen wir strikt ab“.</p> <p>Rolf Kornemann, Präsident Vermieterverband Haus & Grund begrüßte hingegen die Vorhaben: „Die Koalition sollte die vereinbarte Novellierung des Mietrechts in den kommenden Wochen einleiten“. Haus & Grund sieht in den Änderungen „einen Beitrag der Mieter zum Klimaschutz“. Schließlich seien es die Mieter, die von den Einsparungen bei Strom- und Heizkosten später am meisten profitierten (Ftd, 24.11.09).</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Private Abfallwirtschaft			
	<p>MWSt. und kommunale Unternehmen:</p> <p>Bundesverband Deutsche Entsorgungswirtschaft: „Kommunale Unternehmen sind beispielsweise von der Mehrwertsteuer befreit (...). Der BDE fordert einen fairen, auf gleichen Rahmenbedingungen beruhenden Wettbewerb. Nach den Grundsätzen unserer Wirtschaftsverfassung sollten staatliche oder kommunale Einrichtungen nur dann tätig werden, wenn die entsprechenden Leistungen nicht gleichwertig von Wirtschaftsunternehmen erbracht werden können“ (Brief, BDE an Parteien im BT).</p>	<p>„Wir streben Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer an, um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu ermöglichen“.</p>	<p>Die steuerliche Gleichstellung von kommunalen und privaten bei der Mehrwertsteuer schwächt die kommunale Daseinsvorsorge. Die wahrscheinliche Erhöhung der Steuer für die kommunalen Betriebe bedeuten zwar 4 Mrd. Euro Mehreinnahmen für den Staat. Der Bürger muss dies über Gebühren mehr bezahlen: Laut Mieterbund drohen pro Haushalt allein bei den Müll- und Abwassergebühren Mehrkosten von jährlich 150 Euro. Auch die Stromkosten würden steigen.</p>
Arbeitgeber			
<p><u>Spenden an CDU:</u></p> <p>Märkischer Arbeitgeberverband: 60.000€</p> <p>Verband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen 240.000€</p> <p>Verband der Chemischen Industrie e. V. 200.000€</p> <p>Südwestmetall 300.000€</p>	<p>Mindestlöhne:</p> <p>„Die Ausweitung von Mindestlöhnen wäre kontraproduktiv“ (Empfehlungen des Bundesverbands deutscher Privatbanken zur BTW)</p> <p>„Jede Form staatlicher Lohnfestsetzung greift in die Tarifautonomie ein. Tarifverträge unter den festgelegten Niveaus werden außer Kraft gesetzt. Dabei haben die Tarifvertragsparteien gute Gründe, in bestimmten Fällen Einstiegsgehälter zu vereinbaren, die unter den von den Gewerkschaften geforderten 7,50 Euro liegen. (...) Durch gesetzliche Mindestlöhne wird das gesamte ausbalancierte Tarifgefüge aus dem Gleichgewicht gebracht“ (BDA, siehe: www.arbeitgeber.de).</p>	<p>„CDU, CSU und FDP bekennen sich zur Tarifautonomie. (...) Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab. (...) Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn werden bis Oktober 2011 evaluiert.“</p> <p>„Die Rechtsprechung zum Verbot sittenwidriger Löhne soll gesetzlich festgeschrieben werden, um Lohndumping zu verhindern. Damit werden wir auch wirksam gegen soziale Verwerfungen in einzelnen Branchen vorgehen“</p>	<p>Die Arbeitgeber profitieren, indem Arbeitnehmern weiterhin Niedriglöhne gezahlt werden können. Der Weg in Richtung Mindestlöhne wird beendet; sogar die Abschaffung der bestehenden Mindestlöhne soll bis 2011 geprüft werden. Der Niedriglohnsektor soll weiter ausgebaut werden. Allerdings profitieren viele Unternehmen nicht: Denn sie werden weiterhin einem Dumping-Wettbewerb über die Preise, und nicht über Qualität ausgesetzt.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
<p><u>Spenden an CSU:</u> Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie e. V. (VBM) 1.470.000€ Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. 214.000€</p>	<p>Befristungen: „Ein Beitrag für die Unterstützung Arbeitssuchender in Beschäftigung zu gelangen, ist die Abschaffung des Ersteinstellungserfordernisses bei sachgrundlosen Befristungen. Das erleichtert gerade den Berufseinstieg junger, qualifizierter Arbeitskräfte, die bereits während ihres Studiums in einem Unternehmen gearbeitet haben, um Praxiserfahrung zu sammeln“ (BDA, siehe: www.arbeitgeber.de).</p>	<p>„Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen erschwert Anschlussbeschäftigungsverhältnisse, wenn während Schule, Ausbildung oder Studium bei einem Arbeitgeber schon einmal befristet gearbeitet worden ist. Wir werden die Möglichkeit einer Befristung von Arbeitsverträgen so umgestalten, dass die sachgrundlose Befristung nach einer Wartezeit von 1 Jahr auch dann möglich wird, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Arbeitsverhältnis bestanden hat.“</p>	<p>Die Aufweichung des Vorbeschäftigungsverbots ist der erste Schritt, um Kettenbefristungen den Weg zu ebnen. Normalarbeitsverhältnis wird weiter geschwächt. Dies ist eine Aushebelung des Kündigungsschutzes durch die Hintertür.</p>
<p><u>Spenden an FDP:</u> Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie 150.000€ Südwestmetall 100.000€</p>	<p>Kopfpauschalen und Einfrieren des Arbeitgeber-Beitrags im Gesundheitssystem: „Zentraler Reformschritt muss die Entkoppelung der Krankheitskostenfinanzierung vom Arbeitsverhältnis sein. Der beste Weg hierfür ist die Umstellung der Finanzierung auf einkommensunabhängige Gesundheitsprämien mit Auszahlung des Arbeitgeberanteils in den Bruttolohn und steuerfinanziertem Sozialausgleich für Einkommensschwache“ (www.arbeitgeber.de). „Vorrangiges Reformziel in der gesetzlichen Krankenversicherung sollte es sein, die Beiträge von den Löhnen abzukoppeln. Dies erfolgt am besten mit einem pauschalen, einkommensunabhängigen Beitrag für jeden Versicherten (...). Als Zwischenschritt wäre die Herausnahme bestimmter ... würden zumindest Teile der Krankenversicherung von den Lohnzusatzkosten entkoppelt“ (Empfehlungen Bundesverband dt. Privatbanken BTW).</p>	<p>„Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest. Zu Beginn der Legislaturperiode wird eine Regierungskommission eingesetzt, die die notwendigen Schritte dazu festlegt.“</p>	<p>Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags, die Schaffung kassenindividueller, einkommensunabhängiger Arbeitnehmerbeiträge sowie steuerfinanzierter Sozialausgleich bedeutet den Einstieg in die Kopfpauschale. Das ist das Ende der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung. Arbeitnehmer müssen Kostensteigerungen allein tragen. Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin ist weiter geöffnet. Menschen die die Prämien nicht zahlen können, könnten zu Empfängern staatlicher Transferleistungen werden. Gleichzeitig werden Arbeitgeber entlastet.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Groß-Konzerne/Arbeitgeber			
<p><u>Spenden an CDU</u></p> <p>Bertelsmann AG 120.000</p> <p>Daimler AG 450.000€</p> <p>Altana AG 125.000</p>	<p> Holding-Standort :</p> <p>„Die Bedeutung des Holding-Standort für die Bildung zentraler Headquarters und die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze darf nicht unterschätzt werden. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für Holding-Gesellschaften signalisieren im Vergleich zu anderen europäischen Standorten allerdings enormen Nachholbedarf. Dies betrifft die Berücksichtigung von Refinanzierungskosten und erlittenen Verlusten. Zudem bedarf es der erleichterten Konsolidierung der steuerlichen Ergebnisse der unter dem Dach einer Holding verbundenen Unternehmen durch ein attraktives Gruppenbesteuerungssystem“ (Bundesverband dt. Privatbanken zur BTW).</p>	<p>„Auch der Holdingstandort Deutschland soll gestärkt werden. Ansatzpunkte für eine Prüfung sind: eine Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung, die grenzüberschreitende Besteuerung von Unternehmenserträgen, die Einführung eines modernen Gruppenbesteuerungssystems anstelle der bisherigen Organschaft“.</p>	<p>Die Holding-Organisation ist ein Instrument zur Verschaffung von Steuervorteilen, z.B. in der Banken- und Versicherungswirtschaft.</p>
	<p> Unternehmenssteuerreform:</p> <p>Dieter Hundt, Präsident BDA: „Die Unternehmenssteuerreform muss korrigiert werden. Kostentreibende Steuern auf Mieten, Pachten und Leasing-Raten sowie die Zinsschranke müssen abgeschafft werden. Ich erwarte, dass die Politik schnell Schritte in diese Richtung unternimmt“ (PNP, 30.04.09).</p> <p>„Die Beschränkung des Körperschaftsteuerlichen Verlustabzugs bei Anteilsübertragungen wirkt krisenverschärfend. Diese Regelung sollte nicht nur für 2008/2009, sondern solange ausgesetzt werden, bis eine zielgenauere Vorschrift festgelegt ist“ (Empfehlungen Bundesverband dt. Privatbanken zur BTW).</p>	<p>„Bei den Zinsabzugsbeschränkungen (Zinsschranke)“ will Schwarz-Gelb „die höhere Freigrenze von 3 Mio. Euro dauerhaft einführen, um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen zu entlasten“ sowie einen „Vortrag des EBITDA rückwirkend ab dem Jahr 2007 für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren einführen, um den Zinsabzug für die Unternehmen auch bei Konjunkturschwankungen zu verstetigen“;</p> <p>„Bei den Verlustabzugsbeschränkungen (Mantelkauf) die zeitliche Beschränkung bei der Sanierungsklausel zur Verlustnutzung bei Anteilsübertragungen aufheben“.</p>	<p>Die Änderungen kommen hauptsächlich Großkonzernen zu Gute. Lediglich 600 Unternehmen in Deutschland sind nach DIW-Angaben von der Zinsschranke betroffen, sie greift erst für Kredite ab (durchschnittlich) 80 Millionen Euro – Mittelständler sind davon kaum betroffen.</p> <p>Die Erleichterungen bei der Mantelkaufregelung werden es großen grenzüberschreitenden Konzernen und Private-Equity-Firmen wieder ermöglichen, sich steuerlich arm zu rechnen und Unternehmen aus steuerlichen Gründen auszuschlachten.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Spitzenverdiener/Finanzwirtschafts-Lobby/Banken			
<p>Banken</p> <p><u>Spenden an CDU:</u> Berenberg Bank: 206.000€ Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA: 100 000€ Deutsche Bank AG 600.000 €</p> <p><u>Spenden an FDP:</u> Deutsche Bank AG 600.000 €</p>	<p>Steuerreform:</p> <p>„Auch die Wiedereinführung (...) der Börsenumsatzsteuer ist abzulehnen“ (Bundesverband deutscher Privatbanken zur BTW).</p> <p>„Linearer Tarifverlauf mit maximal drei Stufen in der Einkommensteuer“ (Wahlprüfsteine Bundesverband mittelständische Wirtschaft, BVMW).</p>	<p>Kein Wort zur Börsenumsatzsteuer</p> <p>Stufentarif bei der Einkommenssteuer</p>	<p>Börsenspekulationen wird kein wirksamer Riegel vorgeschoben. Es profitieren insbesondere Spitzenverdiener und Vermögende.</p>
<p>Finanzwirtschaft</p> <p><u>Spenden an CDU:</u> Deutsche Vermögensberatung AG: 120.000 € Allfinanz Deutsche Vermögensberatung 200.000 €</p> <p><u>Spenden an FDP:</u> Deutsche Vermögensberatung AG: 150.000€ Allfinanz Deutsche Vermögensberatung 354.000€</p>	<p>Finanzmarktregulierung:</p> <p>„Alle Beteiligte sind gut beraten, sämtliche – auch ungewollte – Konsequenzen von Änderungen vorab eingehend zu untersuchen. Neue Regeln sollten zudem mit Gespür für die dann aktuelle Marktlage eingeführt werden, denn auch grundsätzlich richtige neue Vorgaben können – zum falschen Zeitpunkt – die Stabilität beschädigen“ (Empfehlungen des Bundesverbands deutscher Privatbanken zur BTW).</p>	<ul style="list-style-type: none"> Keine ernsthafte Beschränkung von Managervergütungen. Keine Instrumente, die Spekulation eindämmen und echte Investitionen stärken. 	<p>Die Banken haben kein Interesse an einer echten Regulierung des Finanzmarktes, würde dies doch Renditen und Boni schmälern. Die Finanzkrise taucht als „große Frage“ im Koalitionsvertrag nicht auf. Ursachen werden nicht analysiert, Schuld- und Verantwortungsfragen gar nicht erst gestellt. Daher sind die Antworten auch nur kleinteilig und halbherzig.</p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
<p>Spitzenverdiener</p> <p><u>Spenden an CDU:</u></p> <p>Privatspende Chemieunternehmer Schnabel (Helm AG): 600.000€</p> <p>Eigner u.a. BMW (Klaten/Quant): 225.000€</p>			
Pharmaindustrie			
	<p><u>Der Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) Peter Sawicki muss Ende August seinen Posten auf Beitreiben des Gesundheitsministers Rösler räumen. Sawicki hatte als „Deutschlands oberster Pharmakontrollleur“ eine kritische Haltung gegenüber der Pharmaindustrie gezeigt. Ein von Rösler unterstützter Ministerbeschluss der Bundesländer stellte hingegen fest, die Methodik von Sawickis Instituts sei „volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar“. Das Institut müsse sich an anderen Kriterien orientieren: „Hierzu zählen unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der heimischen pharmazeutischen Unternehmen.“</u></p>		<p><u>Minister Rösler macht sich mit der Ablösung Sawickis zum Erfüllungsgehilfen der Pharmainteressen. Die Aufgabe des IQWiG soll den Pillenabsatz ankurbeln – nicht den Patienten das beste Medikament zu verordnen.</u></p> <p><u>Die schwarz-gelbe Regierung gibt vor, für ein gerechteres Gesundheitswesen zu kämpfen. Doch tatsächlich verfolgt FDP-Minister Rösler eine knallharte Klientelpolitik. Gewinner sind Apotheker, Ärzte und die Pharmaindustrie - Verlierer sind Millionen Kassenpatienten.</u></p>

Branche/Verband	Einflussnahme Interessenorganisationen	Was steht im Koalitionsvertrag?	Wer profitiert?
Ärzte			
	<p>„Ein wesentliches Element ist die Umstellung auf ein prämienfinanziertes Modell, welches mit der Bildung von Altersrückstellungen auch der demografischen Entwicklung Rechnung trägt. Eine sozialverträglich gestaltete Kostenerstattung schafft für alle Beteiligten Transparenz des Kosten- und Leistungsgeschehens“ (Hartmann-Bund, www.hartmannbund.de)</p>	<p>„Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest. Zu Beginn der Legislaturperiode wird eine Regierungskommission eingesetzt, die die notwendigen Schritte dazu festlegt.“</p>	<p>Schwarz-Gelb will den Einstieg in die Kopfpauschale und damit das Ende der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung. Arbeitnehmer müssen Kostensteigerungen allein tragen. Durch die Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten werden größere Steigerungsraten zu Gunsten der Ärzte und Pharmakonzerne möglich.</p>
	<p>„Allein die Freiberuflichkeit und Unabhängigkeit der ärztlichen Entscheidung garantieren, dass Patienten ihren Ärzten vertrauen (...) Das Sachleistungsprinzip verhindert in der aktuellen Situation der Unterfinanzierung eine leistungsgerechte und transparente Vergütung der Ärzte (...) Im Bereich der PKV, in der das Kostenerstattungsprinzip gilt, ist eine transparente und leistungsgerechte Vergütung ärztlicher Leistungen gewährleistet. Kostenerstattung heißt, dass der Arzt dem Patienten auf der Basis einer bundesweit einheitlichen Gebührenordnung eine Rechnung über die erbrachten Leistungen ausstellt, die dieser dann bei seiner Krankenkasse einreicht und erstattet bekommt.“ (zentrale Positionen Hartmannbund BTW 2009).“</p>	<p>„Wir wollen die Transparenz für Ärztinnen und Ärzte sowie Versicherte erhöhen. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Kostenerstattung ausweiten“.</p>	<p>In einem Kostenerstattungstarif müssten aber allein die Versicherten das wirtschaftliche Risiko tragen. Die Ablehnung von Sachleistungsprinzip sowie von kostendämpfenden Maßnahmen, wie Rabattverträgen ist daher nicht ein Ausdruck von Freiheit, sondern eine Frage von Verantwortungsbewusstsein gegenüber einer solidarischen Versicherungsgemeinschaft. Freiberuflichkeit bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit bzgl. der finanziellen Stabilität der GKV und finanzieller Überforderung der Versicherten.</p>